

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/198

15. Oktober 1973

Schlüsselrolle Bonns bei der Entwicklungshilfe

-----  
Bundesrepublik schließt multilaterale Finanz-  
lücke

Von Dr. Erhard Eppler MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit

Seite 1 / 30 Zeilen

Solidarität ist eine harte Sache

-----  
Die Situation in der SPD und die "Unions"-  
Agitation

Seite 2 / 40 Zeilen

Die "Neue" und die "Alte Mitte"

-----  
Eine notwendige Antwort auf Walther Leisler Kiep

Von Dr. Peter Glotz MdB

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Gewogen und zu leicht befunden

-----  
Erschreckende Mogeleyen bei Fertigpackungen

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik  
der SPD-Fraktion

Seite 5 / 36 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD-Führungsgremien zur aktuellen Außenpolitik

Seite 6 und 7 / 87 Zeilen

**Schlüsselrolle Bonns bei der Entwicklungshilfe**  
-----

**Bundesrepublik schließt multilaterale Finanzierungslücke**

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat inzwischen die 80-Milliarden-Dollar-Marke erreicht. Dies führt dazu, daß für eine ganze Reihe von Entwicklungsländern neue Kredite zu Marktzinsen nicht mehr verantwortet werden können. Auch die Weltbank, die ihre Kredite zu 7,25 vH. gibt, zögert immer häufiger, solche Kredite hochverschuldeten oder besonders armen Entwicklungsländern anzubieten.

In diese Lücke tritt die Weltbanktochter IDA (International Development Agency), die Kredite zu 0,75 vH. Zins auf 50 Jahre bei zehn Freijahren vergibt. Für einige Länder werden Weltbank- und IDA-Mittel gemischt, so daß ein Mischzinssatz zwischen zwei und sechs vH. entsteht. Die IDA wird aus den Haushalten der Industriestaaten finanziert. Es war verständlich, daß Weltbankpräsident Robert McNamara bei der 4. Aufstockung der IDA auf eine substantielle Aufstockung drängte. Sie ist in Nairobi erreicht worden. Statt 800 Millionen Dollar jährlich von 1971 bis 1973 werden von 1974 bis 1976 jeweils 1,5 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen.

Dies wurde erreicht, obwohl die USA, die bisher 40 vH. der IDA finanzierten, höchstens für 33 1/3 vH. aufkommen wollen. In die entstehende Lücke traten vor allem Japan und die Bundesrepublik. Der Anteil Japans wird künftig 11,1 vH., der Großbritanniens elf vH. und der der Bundesrepublik 11,4 vH. betragen. Da die Beträge in Dollar zu bezahlen sind, ist die Steigerung auf 514,5 Millionen Dollar in drei Jahren bei der vereinbarten Kursfixierung von 2,41 je Dollar für die Bundesrepublik erträglich.

Weltbank-Präsident McNamara hat sich in Nairobi in seiner Schlußansprache für die konstruktive Rolle der Bundesrepublik und Japans bedankt. Jetzt liegt es beim Kongreß der Vereinigten Staaten, durch seine Bewilligungen das wichtigste Instrument multilateraler Entwicklungshilfe funktionsfähig zu machen.

(-/15.10.1973/bgy/ex)

+ + +

**Solidarität ist eine harte Sache**  
-----

**Die Situation in der SPD und die "Unions"-Agitation**

Die politischen und journalistischen Sprecher der beiden Unions-Parteien haben auf die Beratungen und Beschlüsse der Hamburger Sitzung der SPD-Führungsgremien so reagiert, wie sie nach ihrer Vorprogrammierung reagieren mußten. Das Konrad-Adenauer-Haus und die Münchner Lazarettstraße haben aus agitatorischen Gründen angeordnet, daß die CDU- und die CSU-Parteipropaganda auf der Schiene der angeblichen inneren Zerklüftung der SPD zu fahren hat; und dabei hat es zu bleiben, gleichgültig was ist und was geschieht. Man wird also, wenn man gut beraten ist, nolens volens darauf verzichten müssen, in der Anti-SPD-Agitation der CDU und der CSU irgendeinen brauchbaren Sachinhalt zu suchen. Es gibt ihn nicht.

Was nun diese Sache selbst angeht, so ist bei der Hamburger Führungsgremiensitzung der SPD in der offenen Darlegung aller einzubeziehenden Vorgänge klargeworden, daß gerade dem Hauptanstoß für die Agitationsbehauptung eines Zerwürfnisses oder gar eines Vertrauenszerfalls zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner die Basis fehlt. Durch die Feststellung Herbert Wehners, daß er weder gegen den Bundeskanzler noch auch gegen den Bundesaußenminister den Vorwurf einer "kopfloren Bundesregierung" erhoben hat, hat der Agitationsballon der CDU und der CSU seine Luft verloren.

Im übrigen ist die SPD eine Partei, in der es möglich, zulässig und erwünscht ist, daß innerparteiliche Kritik geübt wird. Die SPD ist keine Organisation von Heiligen, sondern eine politische Partei mit ganz konkreten Kampfzielen, die sich aus Parteitagsbeschlüssen ergeben. Diese Beschlüsse werden nach oft harten Debatten gefaßt, und auch über den Weg, wie sie zu verwirklichen sind, kann es solche harten Diskussionen geben. Aber aus den Debatten entwickelt sich die Übereinstimmung in der geschlossenen und solidarischen Durchsetzung.

Wer daraus nichts anderes lesen kann, als Zerwürfnisse und Spaltungstendenzen, der mag das auch weiter tun. Dann aber besteht für den inneren Zusammenhalt der CDU nach den überharten Attacken führender Politiker der CDU-Sozialausschüsse gegen die Mitbestimmungsbeschlüsse des CDU-Bundesvorstandes Alarmstufe eins. Oder gelten für die "Unions"-Parteien andere Spielregeln?!

(ee/15.10.1973/ks/ee)

+ + +

Die "Neue" und die "Alte Mitte"  
-----

Eine notwendige Antwort auf Walther Leisler-Kiep

Von Dr. Peter Glotz MdB

Der CDU-Politiker Walther Leisler-Kiep hat dem Bundeskanzler das Recht abgesprochen, die politische Ortsbestimmung "Neue Mitte" in Anspruch zu nehmen. Politik der Mitte habe die CDU betrieben: nämlich eine "Politik des möglichen und vernünftigen Fortschritts". Und dann kommt, was offensichtlich auch für einen Mann wie Kiep kommen muß: "Die SPD spielt ein anderes Stück als sie angekündigt hat. Nicht umsonst sprechen die Jungsozialisten von Doppelstrategie. Tatsächlich und praktisch ist das nichts anderes als Doppeltzungigkeit."

Leisler-Kiep hat nicht aufmerksam genug zugehört. Willy Brandt hat nicht, wie er meint, den Begriff "Neue Mitte" auf "die SPD" gemünzt. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei. Neue Mitte ist die Koalition SPD-FDP, also die historisch längst fällige Zusammenarbeit von demokratischem Sozialismus und sozialem Liberalismus. Diese, von 1848 bis 1969 zuerst von einem demokratiefeindlichen Bündnis von Großagrariern und Industrie, dann von Hitler und dann von Adenauers Bürgerblockpolitik blockierte Kooperation nimmt die in den bürgerlichen Revolutionen erkämpften liberalen Grundrechte auf, verteidigt und festigt sie und will auf ihnen neue, soziale Grundrechte aufbauen.

Natürlich haben in einem gewissen Sinn auch Adenauer und seine Nachfolger Erhard und Kiesinger "Politik der Mitte" gemacht; das zu bestreiten wäre ganz sinnlos. Es war Adenauer nämlich gelungen, wichtige Teile der lohnabhängigen Mittelschichten durch

zwei wirksame politische Motive für sich zu gewinnen: den Antikommunismus der Stalin-Zeit und das Wohlstands- und Wachstumsversprechen der Gründerjahre der Bundesrepublik. Trotzdem war die soziale Konstruktion des Adenauer-Erhard-Bündnisses ganz anders als die der sozialliberalen Koalition. Die "Alte Mitte" gründete auf Kapital, Bauern, altem Mittelstand, katholischen Unterschichten; die "Neue Mitte" auf den breiten Schichten der Arbeitnehmer aus der Produktion, dem neuen Mittelstand der Dienstleistungssektoren und großen Teilen der jungen Generation, die von den Universitäten kommt und jede Restaurationspolitik ablehnt.

Natürlich gibt es Überlagerungen zwischen beiden "Koalitionen"; natürlich hat die Sozialdemokratie seit 1959 Menschen gewonnen, die vorher CDU/CSU gewählt haben. Aber Leisler-Kiep täuscht sich über die Wirklichkeit hinweg, wenn er die spezifische Bindekraft ignoriert, die die "Neue Mitte" zusammenhält: die konkrete Interessengemeinschaft für Reformpolitik, also die Erkenntnis, daß nur durchgreifende, Privilegien angreifende Reformen die Lebensqualität erhöhen können. Diese Interessengemeinschaft ist nicht aufzubrechen, indem man ein bißchen "Mitte" mit dem Juso-Schreck zurückscheucht zur Union. Leisler-Kieps Analyse ist ein zu kurzes Hemd; sie bedeckt nicht die Blößen der deutschen Konservativen. Sie müßten glaubhaft machen, daß neue Motive politischen Handelns sie bewegen; daß sie also die "Grenzen des Wachstums" erkennen, daß sie ungerechte Privilegien aufheben wollen und daß sie sterilen Antikommunismus überwinden.

Dazu fehlt ihnen zur Zeit die Kraft. Leider auch Leisler-Kiep, der oft als Gegenspieler von Strauß und Dregger apostrophiert wird. Will er dies wirklich werden, wird er tiefer schürfen müssen.

(-/15.10.1973/ks/ex)

+ + +

Gewogen und zu leicht befunden  
-----

**Erschreckende Mogeleyen bei Fertigpackungen**

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Fraktion

Untergewicht ist besser als das Gegenteil, denkt der deutsche Durchschnittsbürger, weil ihm in punkto Gewicht nur Bierbauch und Doppelkinn einfallen. Leider fallen die Bestimmungen des Eichgesetzes niemandem ein, weil sich noch kaum herumgesprochen hat, was sie besagen. Dabei liegt hier ein ziemlich düsteres Gebiet von Käufertäuschungen vor, das einen über Untergewicht ganz anders denken läßt.

Unser Eichgesetz - seine Verabschiedung wurde ehemals mit Recht als Fortschritt auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes gefeiert - sieht für Fertigpackungen ein "mittleres Füllgewicht" vor; dieses darf nur mit festgesetzten Toleranzdosen unterschritten werden, es müssen dann aber auch gleich viele Packungen hoch übergewichtig sein. Im Jahre 1972 haben die Eichbehörden 6.500 Stichproben genommen, davon 5.600 bei Lebensmitteln, den Rest bei Kosmetika, Arzneimitteln und chemischen Produkten. Die Kontrollen der Länderbehörden haben sich damit um das Dreifache gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Sie sollen künftig um weitere Proben direkt in den Abfüllbetrieben verschärft werden.

Die Verschärfung ist begründet. Zum einen ist die Quote der Fertigpackungen mit zu geringen Füllmengen recht groß. Sie betrug bei Lebensmitteln ca. 12 vH., bei Kosmetika ca. 15 vH., bei Mineralölen und Brennstoffen ca. 28 vH., bei Putz- und Pflegemitteln ca 32. vH. Diese Ergebnisse gab das Bundesministerium für Wirtschaft vor einigen Tagen bekannt. Zum anderen wächst nachweisbar durch häufigere Kontrolle bei den Betrieben die Bereitschaft, Eigenkontrollen durchzuführen; Beanstandungen durch die Eichbehörden, darunter auch Bußgelder, haben ein positives Ergebnis, wie sich beim Vergleich der Ergebnisse bei Molkereierzeugnissen, Kaffee, Tee und Kakao im ersten und zweiten Halbjahr 1972 deutlich hat feststellen lassen.

Die Eichbehörden haben außerdem herausgefunden, daß die Kontrolle zum Abfüllzeitpunkt genauer und besser durchzuführen ist als die Kontrolle einzelner Packungen im Handel. Aus diesem Grund hofft die AGV und mit ihr vermutlich jeder einzelne Verbraucher, daß die Füllmengenkontrollen in den Betrieben künftig sehr verstärkt werden.

(-/15.10.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD-Führungsgremien zur aktuellen Außenpolitik  
-----

Die Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in ihrer Hamburger Sitzung vom 13. Oktober 1973 folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

1/ Sozialdemokraten haben immer betont, daß eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme im Nahen Osten nur dann möglich ist, wenn sie von den unmittelbar Beteiligten akzeptiert wird. Angesichts der erneuten militärischen Konfrontation bekräftigen die Sozialdemokraten ihre Auffassung, daß Konflikte nur mit politischen Mitteln einer dauerhaften Lösung zugeführt werden können. Um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten herbeizuführen, gibt es nur ein Fundament: Die Anerkennung und Respektierung des Lebensrechtes und der Sicherheit aller Staaten dieses Gebietes auf der Grundlage der Erklärung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen von 1967. Doch bedarf es, ergänzend zur Resolution des Sicherheitsrates von 1967, konkreter, verbindlicher und glaubwürdiger Garantien für die Existenz Israels, vor allem durch die Großmächte.

Vielfältige internationale Bemühungen haben militärische Konfrontationen im Nahen Osten nicht verhindern können. Nun heißt das oberste Gebot: Die Waffen müssen schweigen. Nicht nur die direkt am Konflikt Beteiligten im Nahen Osten, sondern auch die Supermächte und auch andere Staaten dieser Welt tragen eine große Verantwortung, die ihnen niemand abnehmen kann. Auch wir müssen unseren Beitrag leisten, damit die Beteiligten die Kraft zum Frieden finden, einen Frieden, der Anerkennung und Respektierung des Lebensrechtes und der Sicherheit aller Staaten Geltung verschaffen muß.

Die SPD grüßt in dieser Stunde in solidarischer Verbundenheit ihre sozialdemokratischen Freunde in Israel, an ihrer Spitze Golda Meir. Sie hofft, daß es ihnen gelingen möge, im Nahen Osten einen Frieden auf der Grundlage der hier formulierten Grundsätze zu erreichen.

2/ Die Sozialdemokratische Partei verurteilt den Militärputsch gegen die verfassungsmäßige Regierung in Chile. Sie trauert um Salvador Allende, den entschiedenen Vorkämpfer für einen demokratischen Sozialismus. Sie bekundet ihre Solidarität mit allen Opfern des Umsturzes. Der Militärputsch richtet sich gegen die demokratische Ordnung in Chile und zerstört die Ansätze zu einer umfassend angelegten Sozialreform. Die SPD fordert die Junta auf, die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen, die Verfolgung politisch Andersdenkender einzustellen und insbesondere alle politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen. Die Sozialdemokratische Partei wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten allen Verfolgten ihre Unterstützung gewähren.

3/ Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen hat deutlich gemacht, daß der Versuch der Opposition, durch heuchlerische Um-

armung in der Berlin- und Ostpolitik die Koalition zu entzweien und in Wahrheit die Verträge eintrocknen zu lassen, auch im öffentlichen Bewußtsein gescheitert ist.

Die SPD stellt fest, daß durch die vielfältigen außenpolitischen Gespräche der letzten Wochen die Richtigkeit der Ostpolitik der Bundesregierung erneut eindrucksvoll bestätigt worden ist. Die Bundesregierung hat die volle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei für ihre Außenpolitik, wie sie in der Regierungserklärung formuliert, mehrfach vor dem Deutschen Bundestag dargelegt wurde und wie sie vom zuständigen Kabinettsmitglied, Bundesaußenminister Scheel, durchgeführt wird.

Die Partei erwartet, daß alle Vertragspartner der mit der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Paktes abgeschlossenen Verträge sich streng an Geist und Buchstaben dieser Verträge halten und sie mit Leben erfüllen und daß dabei die Vertragspartner aufeinander zugehen. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und die vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten bedürfen der strikten Einhaltung und der vollen Anwendung.

Die Koalition muß gemeinsam vorgehen gegen die Kräfte in unserem Lande, die unsere Ostpolitik zurückdrehen wollen oder die alte Politik im Gewand neuer Verträge machen möchten. Die Gegner der Verträge können nicht bestimmen, wie die Verträge durchgeführt werden.

4/ Die SPD erwartet die baldige Verabschiedung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Verifikationsabkommen durch den Deutschen Bundestag. Die schnelle Verabschiedung erscheint auch deshalb notwendig, um den anti-amerikanischen Tendenzen in der CDU/CSU entgegenzuwirken.

5/ Die SPD begrüßt, daß es den neun Mitgliedsstaaten der EG in Kopenhagen gelungen ist, eine gemeinsame Basis für die Beziehungen Europäische Gemeinschaft-USA und für die politische Einigung Europas zu finden. Daraus ergibt sich die Hoffnung, daß auch in der Entwicklung der Währungs- und Wirtschaftsunion in allernächster Zeit ein notwendiger Fortschritt möglich wird. Im Zuge der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften erwarten wir eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit des Europäischen Parlaments und vor allen Dingen in der Einführung echter Haushaltskontrollen durch das Parlament. Eine gemeinsame Regionalpolitik sollte im neuen Jahr beginnen. Die SPD begrüßt die Anregung des französischen Präsidenten Pompidou, daß die Staats- oder Regierungschefs der neun Mitgliedsstaaten in gewisser Regelmäßigkeit zusammentreffen und dadurch den europäischen Einigungsprozeß beschleunigen können.

(-/15.10.1973/ks/ex)